



AfD-Ratsgruppe
im Rat der Stadt Münster

Leostr. 16-B

48153 Münster
Tel. (0251) 60688623
martin.schiller@afd-
muenster.de

Digitale Souveränität für Münster zurück gewinnen

Antrag an den Rat der Stadt Münster

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Der Einsatz proprietärer Produkte von einzelnen Herstellern bei der Verarbeitung von Daten birgt erhebliche Gefahren für die Sicherheit der Stadt Münster.
2. Eine besondere Gefahrenquelle sind vor allem die geschlossenen Systeme des US-amerikanischen Herstellers Microsoft. Allen voran das Betriebssystem Windows und die Inhalte des Office-Pakets.
3. Die Stadt Münster spricht sich deshalb dafür aus, die Abhängigkeit von proprietären Systemen in der elektronischen Datenverarbeitung abzubauen. Ziel ist es die vollständige Souveränität über die eigenen Daten zurück zu erhalten.
4. Die Stadtverwaltung legt deshalb in einem Konzept den Ausstieg aus proprietärer Software und den Umstieg auf Open Source Software fest. Dieser Umstieg soll in einem Grundsatzbeschluss für alle Ämter der Verwaltung und alle im mehrheitlichen Besitz der Stadt Münster befindlichen Unternehmen und eigenbetrieblichen Einrichtungen gefasst werden.

Begründung:

Der Einsatz von geschlossenen Systemen in der Datenverarbeitung birgt eine Reihe von Nachteilen für die Stadtverwaltung Münster. Den nur der Anbieter verfügt über den Quellcode für die Software. Bei komplexen Programmen mit einem großen Programm gibt es daher stets Lücken. Die von Hackern genutzt werden können um unbemerkt an sensible Daten zu gelangen. Oder um mittels Schadsoftware das System lahm zu legen und den Verwender zu erpressen.

Mit der weiten Verbreitung gerade von Produkten der Firma Microsoft haben diese Risiken für die Stadt Münster in den letzten Jahren enorm zugenommen.

Weil es sich bei diesen Produkten um geschlossene Systeme handelt. In diesen Fällen kommt es nach dem erstmaligen Kauf dieser Produkte zu einem Vendor-Lock-In-Effekt.

Die Stadt Münster hat sich nach dem erstmaligen Kauf von geschlossenen Systemen abhängig von diesen Herstellern gemacht. Denn der Wechsel zu einem alternativen

Hersteller ist aufgrund der mit einer Umstellung verbundenen Transaktionskosten unwirtschaftlich.

Bei der Datenverarbeitung hat dieser Effekt viele negative Folgen:

Der Hersteller kann sich auf sein Monopol in bestimmten Bereichen der Software ausruhen. Er ist keinem oder nur noch geringen Wettbewerb von Konkurrenten ausgesetzt. Daher hat er keinen oder nur einen geringen Anreiz für Produktinnovationen.

Die Stadt Münster erhält daher ein viel schlechteres Produkt als in einer wettbewerblichen Situation möglich ist. Zudem ist ein solches Produkt im Preis viel zu teuer. Und hat oft große Sicherheitslücken im Quellcode.

Eine besonders große Abhängigkeit besteht bei externen Cloud-Anbietern. In diesem Fall besteht die Leistung aus dem Angebot von Servern und dem Abspeichern der Daten (Storage). Hierbei kann der Anbieter ein System verwenden, das den Wechsel zu einem anderen Anbieter unmöglich macht.

Ein besonderes Problem stellen hier nun gerade die Produkte der Firma Microsoft dar. Denn sie bestehen aus einem geschlossenen Code. Zugleich werden die Daten auf uns-amerikanischen Rechnern abgespeichert.

Damit haben US-Sicherheitsbehörden theoretisch Zugriff auf sensible Daten der Stadt Münster. Und die Stadt Münster kann zu keinem anderen Anbieter wechseln, wegen dem aufgezeigten Lock-In-Effekt.

Lösung: ist daher der Einstieg in den Ausstieg von Produkten der Firma Microsoft. Und allgemein der Umstieg auf Open Source in der Verwaltung. Dies kann aber nur gelingen, wenn in der gesamten Verwaltung allen Mitarbeiter für die Gefahren geschlossener Systeme in der Datenverarbeitung sensibilisiert werden.

Die Zahl der Kommunen, die auf Open Source umsteigen nimmt in den letzten Jahren zu. In NRW hat sich unsere Nachbarstadt Dortmund zum Umstieg auf Open Source entschlossen. Die bayrische Landeshauptstadt ist ebenfalls wieder zu Open Source zurückgekehrt. Nachdem sie bereits zu Beginn der 2000er Jahre schon einmal auf Open Source gesetzt hatte. Dann aber durch enorme Zugeständnisse von Seiten der Firma Microsoft wieder zu deren Produktpalette zurückgekehrt war. So hat sie sich nach enttäuschenden Ergebnissen erneut für einen Ausstieg aus proprietärer Software entschieden.

Aktuell haben die Parteien SPD und Grüne in der freien Hansestadt Hamburg in ihrem Koalitionsvertrag „Den Einstieg in den Ausstieg aus Microsoft“ beschlossen. Und die Einführung von Open Source in der Datenverarbeitung.

Immer mehr Kommunen erkennen also die Gefahren von geschlossenen Systemen in der Datenverarbeitung. Und ziehen hieraus den richtigen Schluss: Die Einführung von Open Source.

Es wird Zeit, dass Münster sich dieser Entwicklung anschließt.

gez.

Martin Schiller
Richard Mol